



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen
Parlaments

Vorsitzende des Unterausschusses
für Menschenrechte

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren
+49 172 8634544
+49 89 43597907

[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

Redaktion

Ali Al-Nasani, Darija Fabijanic,
Raphael Kreusch, Wolf-Dieter
Vogel, Maria Wißmiller

RUNDBRIEF März 2012

Themen in dieser Ausgabe:

Myanmar – ein Land auf der Suche nach Veränderung
UN-Menschenrechtsrat in Genf
Zum Internationalen Frauentag in Istanbul
Wieder Hinrichtungen in Belarus
Landgrabbing: Treffen mit UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf
Nahrung
Internationaler Strafgerichtshof: Das erste Urteil ist gefallen
Menschenrechtsausschuss beschäftigt sich mit Pakistan
Das Handelsabkommen mit Peru und Kolumbien im DROI
Zu Besuch beim Wasserkraftwerk in Kempten
Ein Kochbuch verbindet Europa
Veranstaltungen
Press Corner

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch im März möchte ich euch einen Rückblick auf meine Arbeit nicht vorenthalten und schicke euch hiermit meinen Rundbrief.

Übrigens: Auf FACEBOOK verfolgen nun schon über 2000 Freunde meine Menschenrechtsarbeit. Noch nicht dabei?

Anfrage schicken unter:

<https://www.facebook.com/barbara.lochbihler>.

Viel Spaß beim Lesen wünscht,

Barbara Lochbihler



UN-Menschenrechtsrat in Genf

Die Märzsession des UN-Menschenrechtsrats ist immer ein Höhepunkt der internationalen Menschenrechtspolitik. Es werden Mandate von thematischen oder länderspezifischen Berichterstattern festgelegt, Resolutionen verfasst – oder versucht, zu verhindern, dass es zu Resolutionen kommt. Aus der ganzen Welt reisen AktivistInnen, Regierungsdelegationen und ExpertInnen an. Mit einer Delegation von Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) war auch ich in Genf. Wir sprachen mit 27 EU-Botschaftern, drei Sonderberichterstattern der UN, elf weiteren Botschaftern sowie Vertretern von 14 Nichtregierungsorganisationen und drei Regionalorganisationen.

Die Vielzahl der Themen macht eine detaillierte Berichterstattung natürlich unmöglich. Nur so viel: Besonders habe ich mich gefreut, dass sich die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay Zeit nahm, um ausführlich mit uns über die Herausforderungen der diesjährigen Sitzung zu sprechen. Natürlich waren auch die politische und finanzielle Unterstützung der EU für das Hochkommissariat für Menschenrechte Thema unseres Gesprächs. Außerdem tauschten wir uns über die Sicherung der Unabhängigkeit ihres Amtes und der einzelnen Sonderberichterstattern aus. Alles in allem ein sehr zufriedenstellender Besuch in Genf – nur Zeit für einen Spaziergang am See blieb leider nicht.

Myanmar – ein Land auf der Suche nach Veränderung

Friedensverhandlungen, politische Reformen und die Menschenrechte standen im Vordergrund meiner Reise nach Myanmar. Ich besuchte das südostasiatische Land vom 26. Februar bis 3. März mit einer Delegation des ASEAN-Ausschusses des EP. Wir trafen ranghohe Politiker, Vertreter der Wirtschaft sowie Oppositionelle. Auf dem Programm stand auch ein Treffen mit der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, deren Partei bei den Nachwahlen zu 43 der insgesamt 664 Parlamentssitze am 1. April antrat. Suu Kyi gewann die Abstimmung in ihrem Wahlkreis und zog ins Parlament ein.

Viele Debatten drehten sich um die Frage, welche Fortschritte der Reformprozess macht, der mit Beginn der Amtsperiode des Präsidenten Thein Sein im vergangenen Jahr seinen Anfang nahm. Von Beobachtern wird die Entwicklung kritisch eingeschätzt: Geht es dem Regime nur um eine

wirtschaftliche Öffnung, oder tatsächlich um politische Reformen? Zu den größten Herausforderungen zählt dabei die Lösung der kriegerischen Konflikte zwischen der Regierung und den verschiedenen Ethnien des Landes. Der Verteidigungsminister zeigte sich optimistisch: Mit jüngst abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen habe die Regierung gezeigt, dass sie die Kämpfe beenden wolle. Andere Minister sahen dies kritischer und unterstrichen, dass es zunächst darauf ankomme, das Vertrauen der ethnischen Gruppen zurückzugewinnen.



Die Delegation bei einer Pressekonferenz mit Aung Sang Suu Kyi.
Foto: Europäisches Parlament

Mit Blick auf konkrete Menschenrechtsverletzungen bekam ich nur teilweise Antworten. Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen soll wohl derzeit nicht thematisiert werden. Auch die Frage, ob das Militär seine Vormachtstellung beibehalten wird, blieb nach den Gesprächen unklar. Nach der Verfassung hat die Armee gesicherte Sitze im Parlament, im Ausnahmezustand ist sie nicht an Gesetze gebunden. Dass das Militär auf diese Privilegien verzichten wird, wollte mir der Verteidigungsminister nicht bestätigen.

Die Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi hält den Reformkurs des Präsidenten für eine historische Chance. Sollte dieser Prozess positiv verlaufen, sei ein Vergeben der Verbrechen des Regimes im Rahmen einer Versöhnung möglich. Auch mit Blick auf die Wahlen am 1. April ist sie optimistisch. Die Chancen für ihre Partei NDL seien sehr gut.

Weitere Infos zur Reise unter: <http://barbara-lochbihler.de>.

Zum Internationalen Frauentag in Istanbul

Es ist für mich immer etwas Besonderes, den Internationalen Frauentag mit basisnahen Aktivitäten und Demonstrationen zu begehen, und mich der Kämpfe unserer Vorschwestern und Urgroßmütter in der Frauenrechtsbewegung zu erinnern. Denn wir knüpfen ja meist da an, wo sie aufgehört haben. Dieses Jahr war ich auf Einladung der deutschen Generalkonsulin Brita Wagener in Istanbul zu Gast.

Bei einem politischen Frühstück referierte ich zur Gleichstellungspolitik, insbesondere die Umsetzung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" innerhalb der EU. Über einhundert Frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen waren gekommen, um zuzuhören, zu beratschlagen und den Skandal von im Durchschnitt 18 Prozent Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern innerhalb der EU zu thematisieren. Ausführlicher haben wir auch den Entwurf eines Gesetzes gegen Gewalt gegen Frauen diskutiert, der derzeit in der Türkei verhandelt wird.

Am nächsten Tag traf ich Frau Prof. Büsra Ersanli, eine feministische Professorin, die sich mit dem Konzept Nationalität wissenschaftlich beschäftigt hat und Mitglied der kurdischen BDP-Partei ist. Ich besuchte sie im Frauengefängnis von Istanbul, da sie eine der über einhundert Intellektuellen und JournalistInnen ist, die nach erfolgreichen Kommunalwahlen der BDP-Partei verhaftet wurden und denen nun der Prozess wegen der angeblichen Unterstützung terroristischer Gruppen gemacht werden soll. Ein absurder Vorwurf, gegen den sich Prof. Ersanli ebenso wehrt wie viele

andere. Anschließend führte ich Gespräche mit Anwälten und Journalistenvereinen, die sich gegen diese ungerechtfertigten Verhaftungen einsetzen.

Wieder Hinrichtungen in Belarus

Belarus ist der einzige europäische Staat, der noch an der Todesstrafe festhält. Schon mehrfach hat das EP die Regierung Lukaschenko aufgefordert, ein Moratorium zu erlassen und auf lange Sicht die Todesstrafe endgültig aufzugeben. Doch in diesem Monat wurden wieder zwei Menschen hingerichtet: Dimitri Konowalow und Wladislaw Kowaljow.

In einem unfairen und widerrechtlichen Verfahren waren die beiden Weißrussen verurteilt worden, die Metro-Attentate von Minsk organisiert und durchgeführt zu haben. Vieles deutet darauf hin, dass die Beweise konstruiert und Zeugenaussagen unter Folter erzwungen wurden. Die Angehörigen der beiden Angeklagten wurden erst spät in einer knappen Notiz über die Exekution informiert. Zudem wurden den Angeklagten gleich zwei weitere Anschläge untergeschoben – vermutlich, um die beiden Dossiers schließen und mögliche Hinweise auf die Verstrickung von staatlichen Behörden vertuschen zu können.

Die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in Belarus, darunter auch die fortwährende Anwendung der Todesstrafe, müssen ein Ende nehmen. Das EP hat im März eine entsprechende Resolution verabschiedet, die EU-Außenminister verhängten Sanktionen. Der tatsächliche Wandel aber muss in Weißrussland selbst geschehen. Die politischen Entwicklungen der letzten Monate und Jahre machen da leider wenig Hoffnung.

***Landgrabbing*: Treffen mit den UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung**

Am 22. März war, auf Einladung der GRÜNEN, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, der Belgier Olivier De Schutter im EP zu Gast. In einem zweistündigen Gespräch diskutierten wir vor allem ein Thema: *Landgrabbing*, zu Deutsch Landnahme. Bereits vor einigen Wochen hatte mein GRÜNEN-Kollege und Agrarexperte Martin Häusling hier im EP darüber eine Anhörung organisiert.

Unter *Landgrabbing* versteht man die langfristige Pacht oder den Erwerb großer Agrarflächen durch staatliche Akteure, meist aber durch private Unternehmen, in Entwicklungsländern. Allein zwischen 2000 und 2010 kauften Firmen aus Industrie- und Schwellenländern eine Fläche im globalen Süden auf, die acht Mal so groß ist wie die Großbritanniens. Befürworter argumentieren, man brauche das Land zur Sicherung der weltweiten Nahrungsmittelsicherheit. Außerdem profitiere auch der betroffene Staat von Investitionen in die Infrastruktur sowie dem Transfer von Technologie und Know-How.

Das mag im Ansatz stimmen, aber in der internationalen Rechtsordnung haben die Menschenrechte – zumindest juristisch – absoluten Vorrang. Kritiker, darunter auch wir GRÜNE und Herr De Schutter, weisen deshalb darauf hin, dass die sozialen, ökonomischen und ökologischen Konsequenzen des *Landgrabbing* menschenrechtlich nicht tragbar sind. Dafür gibt es viele Gründe. Kleinbauern werden von ihrem Land verdrängt, da sie – oft kulturell bedingt – keine Besitzurkunde vorweisen können. Juristische Einspruchsmöglichkeiten fehlen in den meisten Fällen, häufig werden die eigentlichen Besitzer von ihrem seit Jahrhunderten in Familienbesitz befindlichen Landstreifen vertrieben. Wo vorher für die Familie und den lokalen Markt produziert wurde, wird nun für den Export angebaut; vor allem Rohstoffe zur Produktion von Bio-Kraftstoffen sowie Futtermittel für die Millionen von Masttieren in Europa und anderen Industriestaaten werden gehandelt. Zudem wird die wichtige Rolle der Kleinbauern für die lokale

Nahrungssicherheit missachtet; familiär betriebene Landwirtschaft wird ersetzt durch eine umweltschädliche, wasser- und düngerintensive Industrie. Mehr und mehr Länder gelangen in die Abhängigkeit weltweit agierender Unternehmen und an internationalen Börsen verhandelter Lebensmittelpreise.

Kurzum: *Landgrabbing* ist menschenrechtlich zu einem unterschätzten, aber alarmierenden Phänomen geworden. Das Thema muss viel stärker beachtet werden, auch von der EU.

Die Broschüre "*Die Ernte der Heuschrecken*" meines Kollegen Martin Häusling kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: http://www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Documents/Studies/201_BroschuereLandgrabbing_Download.pdf.

Internationaler Strafgerichtshof: Das erste Urteil ist gefallen

Es war der erste Schuldspruch im Internationalen Strafgerichtshof ICC: Am 14. März verurteilten die Den Haager Richter Thomas Lubanga Diyalo aus der Demokratischen Republik Kongo wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Mit dieser Entscheidung ist der weltweite Einsatz gegen die Straflosigkeit gestärkt worden.

Lubanga hatte bis zu 3000 Kinder in seine Rebellenarmee gezwungen, manche waren erst sechs Jahre alt. Das Urteil wird große Signalwirkung in jene Länder aussenden, in denen auch heute noch Kinder zum Dienst an der Waffe gezwungen werden. Es verdeutlicht, dass der Einsatz von Kindersoldaten keine interne Angelegenheit eines einzelnen Landes ist, sondern von der internationalen Staatengemeinschaft geächtet und geahndet wird.

Das Verfahren gegen Lubanga ist ein erster Schritt, um jene vor Gericht zu bringen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der DR Kongo verantwortlich sind. Das Urteil hat gezeigt, dass sich Täter zukünftig nicht mehr hinter der Macht der Gewehre verstecken können. Die internationale Staatengemeinschaft muss dem ICC deshalb auch zukünftig alle notwendige finanzielle und politische Unterstützung zuteil werden lassen.

Menschenrechtsausschuss beschäftigt sich mit Pakistan

Der EP-Menschenrechtsausschuss beschäftigte sich am 20. März mit der Lage in Pakistan. Zu Gast waren Ali Dayan Hasan, Pakistan-Direktor von *Human Rights Watch*; Maya Pastakia von *Amnesty International*; Chris Chapman von *Minority Rights Group International*; sowie Charles-Michel Geurts und Michael Wright vom Europäischen Auswärtigen Dienst.

Die Situation in Pakistan kam auf die Agenda, weil dort neue Menschenrechtsgesetze verabschiedet worden waren. Die Reform stärkt auch die Frauenrechte, da nun häusliche Gewalt strafrechtlich verfolgt werden kann. Darüber hinaus wurden autonome Organisationen wie der unabhängige Menschenrechtsausschuss gegründet. Soweit zu den positiven Entwicklungen.

Human Rights Watch verwies jedoch darauf, dass es ungewiss sei, wie die Vorhaben umgesetzt würden. Die Diskriminierung von Frauen halte an. *Amnesty International* machte seinerseits darauf aufmerksam, dass in Pakistan immer noch häufig Menschenrechte verletzt würden; beispielsweise gebe es weiterhin gewaltsame Verschleppungen. Besonders schwierig sei die Lage für Journalisten. Sie würden regelmäßig bedroht, verschleppt oder getötet. Seit 2002 wurde allerdings kein Mörder eines Journalisten verurteilt.

Ein weiteres Problem sind die Reformen der Blasphemie-Gesetze und der Schutz von Minderheiten. 90 Prozent der pakistanischen Bevölkerung sind Muslime. Deren Heterogenität führt jedoch zu Konflikten und Diskriminierungen. In diesem Zusammenhang machte *Minority*

Rights Group auf die Situation der Ahmadis aufmerksam, die laut pakistanischem Gesetz nicht als muslimisch gelten. Er begrüßte es, dass eine Quotenregelung eingeführt wurde und das Ministerium für Minderheiten nun föderal aufgebaut ist. Allerdings seien weitere Reformen notwendig und der Dialog zwischen den Religionen müsse verbessert werden.

Das Handelsabkommen mit Peru und Kolumbien in DROI

Am 19. März 2012 beschäftigte sich der Menschenrechtsausschuss DROI mit dem Handelsabkommen der Europäischen Union mit Peru und Kolumbien sowie dem Assoziationsabkommen zwischen der EU und Mittelamerika.

Das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt. Am 19. Mai 2010 wurde das Abkommen in Madrid unterzeichnet, erst danach erlangte die Öffentlichkeit, und somit auch das EP, Einblick in die Details. Nun soll das EP zustimmen, danach sollen die nationalen Parlamente befragt werden. Änderungen sind nicht möglich, der Einfluss des EP beschränkt sich also auf ein JA oder NEIN.

Im DROI wurde vor allem aber der Inhalt des Abkommen kritisiert. In Peru und Kolumbien sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Die Zahl der außergerichtlichen Hinrichtungen in Kolumbien ist hoch. Gewerkschafter und Menschenrechtsaktivisten werden ermordet, zahlreiche Personen verschwinden. Außerdem würde das neoliberale Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur der südamerikanischen Länder zeigen. Kleinbauern, vor allem im Milchsektor, sähen sich subventionierten Importen aus der EU gegenüber und würden vom Markt verdrängt. Familiäre Landwirtschaft würde ersetzt durch aus der EU finanzierte und gelenkte Agro-Industrie. Die Liberalisierung im Bereich der Ausländischen Direktinvestitionen würde den Landdruck weiter erhöhen: Noch mehr Wälder würden gerodet werden, um Futtermittel für die EU anzubauen; noch mehr indigene Völker würden von ihrem Land vertrieben, um der industriellen Viehzucht Platz zu machen. Seit 1985 sollen bereits 4,6 Millionen Menschen, ein Zehntel der Bevölkerung Kolumbiens, vertrieben worden sein – ein Freihandelsabkommen würde die Situation nur verschlimmern.

Da wäre es nur logisch, dem Abkommen eine starke Menschenrechtsklausel hinzuzufügen. Die EU belässt es aber bei einer allgemeinen Prinzipienklärung, ohne tatsächliche Sanktionsmöglichkeiten oder gar Aussicht auf eine Aussetzung des Abkommens bei Menschenrechtsverletzungen. Und ohnehin bezieht sich die EU-Menschenrechtsklausel prinzipiell nur auf Menschenrechtsverletzungen, die durch den Vertragspartner begangen werden – nicht aber auf solche, die durch das Handelsabkommen oder anderweitige EU-Politik entstehen.

Menschenrechtliche Verpflichtungen müssen im EU-Handelsbereich endlich ernst genommen werden. Dazu sollte vor jedem Handelsabkommen ein *Human Rights Impact Assessment* zur Ermittlung möglicher menschenrechtlicher Auswirkungen erstellt und nach der Ratifizierung regelmäßig erneuert werden. Je nach Ergebnis muss die EU auf das geplante Abkommen verzichten oder das bereits implementierte aussetzen. In jeden Handelsvertrag gehören strenge Menschenrechtsklauseln; etwaige Sanktionen müssen konsequenter umgesetzt werden. Und Liberalisierungsmaßnahmen sollten nie unwiderruflich sein. Der DROI wird sich auch weiterhin dahingehend stark machen und klare Reformen einfordern. Leider scheinen die Handelsinteressen bei der Kommission, den Mitgliedstaaten und der konservativen Mehrheit im EP aber weiterhin Vorrang zu genießen.

Ein Kochbuch verbindet Europa

16 Schülerinnen der staatlichen Berufsschule für Hauswirtschaft Ostallgäu stellten am 16. März ihr Kochbuch "Kochen verbindet Europa" vor. Ich durfte auf Anfrage der Schule das Vorwort verfassen und bei der Vorstellung dabei sein. Die Schülerinnen haben zahlreiche Gerichte aus 25 europäischen Ländern zusammengetragen. Wer die Rezepte nachkochen möchte, kann das Kochbuch an der Berufsschule Ostallgäu in Marktoberdorf für 6 Euro erwerben: www.berufsschule-ostallgaeu.de. Guten Appetit!



Foto: Allgäuer Zeitung.

Zu Besuch beim Wasserkraftwerk in Kempten

Am 16. März besuchte ich das AÜW-Wasserkraftwerk in Kempten. Gemeinsam mit dem Direktor Michael Lucke, dem Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Kempten Karl Schindele und zahlreichen GRÜNEN-Freunden und Freundinnen aus Kempten und dem Oberallgäu lernte ich die technischen Herausforderungen eines Wasserkraftwerkes kennen.



Das 2010 in Betrieb genommene Werk produziert jährlich circa 10,5 Millionen Kilowattstunden Strom, womit es 3.000 Allgäuer Haushalte versorgt. Zugleich arbeitet das Wasserkraftwerk klimafreundlich, da es bei der Stromgewinnung kein CO₂ ausstößt. Auch wegen der bestechenden Architektur, für die das Büro "becker architekten" den deutschen Architekturpreis erhielt, lohnt sich eine Besichtigung!

Wer Interesse hat, kann an einer der regelmäßig angebotenen Führungen teilnehmen: fuehrungen@auew.de.

Veranstaltungen

Montag, 7. Mai 2012, 19-21 Uhr.

Bayerischer Landtag, München, Saal 3.

Arabellion – Arabischer Frühling ein Jahr danach.

Gemeinsam mit einer Reihe von ReferentInnen werden wir uns einer Analyse der Ereignisse im arabischen Raum widmen und diese diskutieren.

Rund um den Europatag am 9. Mai 2012 nehme ich zudem an zahlreichen Veranstaltungen in Bayern teil, viele davon sind öffentlich. Ein Überblick über die einzelnen Termine folgt im Laufe der Woche, bei Nachfragen bitte einfach melden!

Press Corner

Wahlen in Birma: Skeptische Zuversicht.

Ein Gastbeitrag in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 30. März.

<http://www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-zu-birma-skeptische-zuversicht,1472602,14577492.html>

Reformen in Birma noch nicht nachhaltig gesichert.

Ein Interview im DEUTSCHLANDRADIO vom 2. März.

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1691804/>

Brüssel will sich Straßburg noch nicht beugen.

Ein Artikel der Zeitung DAS PARLAMENT vom 5. März.

<http://www.das-parlament.de/2012/10/Thema/38054432.html>

EU-Menschenrechts-Instrumente wirken nicht ausreichend.

Ein Besuch beim Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 8. März.

http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_03/2012_121/02.html

EU-Parlament: Resolutionsentwurf zu Bahrain.

Beitrag in ZENITH, Zeitschrift für den Orient, vom 13. März.

<http://www.zenithonline.de/deutsch/home/quicknews/artikel/eu-parlament-resolutionsentwurf-zu-bahrain-002690>

Kongolesischer Milizenchef Lubanga schuldig gesprochen.

Ein Beitrag auf STERN.DE vom 14. März.

<http://www.stern.de/news2/aktuell/kongolesischer-milizenchef-lubanga-schuldig-gesprochen-1799941.html>

Von Genf über Berlin nach Brüssel.

Ein Beitrag für die POLITISCHE BILDUNG SCHWABEN.

<http://www.politische-bildung-schwaben.net/2012/02/barbara-lochbihler-von-genf-ueber-berlin-nach-bruessel>

Grüne EU-Abgeordnete besucht Wasserkraftwerk.

Ein Beitrag von RSA-RADIO ALLGÄU vom 16. März.

<http://www.rsa-radio.de/aktuelles/nachrichten/Nachrichten-Gruene-EU-Abgeordnete-besucht-Wasserkraftwerk;art14,33420>

Neues Kochbuch von Berufsschülern präsentiert.

Ein Beitrag von RSA-RADIO ALLGÄU vom 16. März.

<http://www.rsa-radio.de/aktuelles/nachrichten/Nachrichten-Neues-Kochbuch-von-Berufsschuelern-praesentiert;art14,33416>

Kulinarische Europareise.

Ein Beitrag in der ALLGÄUER ZEITUNG vom 19. März.

http://barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2012/rz7lp12-641zhhuuns0xmuja8vx_original.pdf